

informationen

der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt

unterstützen

beraten

intervenieren

Schwerpunkt: Solidarisierung

Liebe LeserInnen,
liebe FreundInnen

Wie wichtig die Unterstützung für Betroffene rechter Gewalt ist, erfahren die MitarbeiterInnen der Mobilen Opferberatung täglich aufs Neue. Das beginnt mit der Anerkennung der Betroffenen sowie dem Respekt vor ihren Sichtweisen, und umfasst vielfältige Maßnahmen der Begleitung und Unterstützung. Neben Zivilcourage ist auch die alltägliche und unspektakuläre Solidarisierung mit den Betroffenen ein Ausdruck zivilgesellschaftlichen Engagements zur Bekämpfung von rechter Gewalt, von dumpfen Hassparolen und rechter Infrastruktur.

Viele Betroffene rechter Gewalt können mit kleinen Gesten und Hilfestellungen unterstützt werden: Zuhören und ernst nehmen, bei den notwendigen Wegen begleiten, Kontakt aufnehmen oder sich einfach sichtbar zu solidarisieren. Nach einem Angriff auf eine vietnamesische Familie in

Burg Anfang August haben engagierte Menschen diese Unterstützung angeboten und ganz lebenspraktische Hilfestellungen gegeben. Nach dem Angriff auf Mitglieder einer Theatergruppe in Halberstadt haben sich jüngst mehrere Tausend Menschen gegen rechte Präsenz und Gewalt auf den Straßen der Stadt ausgesprochen. Aus Protest gegen die Eröffnung eines rechten Ladenlokals in Magdeburg haben sich Dutzende Engagierte mit vielfältigen und dauerhaften Aktionen positioniert. So wichtig, überaus positiv und beispielgebend das ist, stellt öffentliche und wirksame Unterstützung nach wie vor eher die Ausnahme als die Regel dar.

Die Berichte über mutmaßlich rechte und rassistische Gewalt beleuchten die Spitze eines Eisbergs: Mindestens 99 rechte Angriffe in den ersten neun Monaten dieses Jahres in Sachsen-Anhalt zeugen von ein-

em anhaltenden Handlungsbedarf. Mehr als 190 Menschen waren von diesen Angriffen direkt betroffen. Die Zahl der Familienangehörigen und FreundInnen, die häufig von den Angriffen selbst oder ihren Folgen betroffen sind, liegt noch einmal deutlich höher.

Diese Zahlen sind ganz sicher nicht vollständig. Sie verweisen auf eine hohe Dunkelziffer von nicht gemeldeten Angriffen und Bedrohungen, auf angezeigte Gewalttaten ohne eindeutiges Ermittlungsergebnis oder auf Angriffe von Rechten mit unklarer Tatmotivation. Häufig werden rechte Angriffe erst Monate nach der Tat bekannt oder als solche gewertet. Auch wenn alle Zahlen zu rechten Angriffen für dieses Jahr unter diesem Vorbehalt stehen, eins bleibt davon unberührt: Zum Nachlassen im Engagement gegen rechte Gewalt besteht kein Anlass. ■

Mobile Beratung
für Opfer rechter Gewalt

- Wir unterstützen Opfer nach einem rassistischen, rechtsextremen oder antisemitischen Angriff. Wir sind unabhängig und parteilich.
- Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Opfer rechter Gewalt und/oder FreundInnen, Angehörige und ZeugInnen.
- Wir intervenieren, wenn sich Opfer rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

Halle

Koordination und Projektleitung
Platanenstr. 9; 06114 Halle
Tel.: 0345/2 26 71 00 Mobil: 0170/2 92 53
61, 0170/2 94 84 13 oder 0151/53 31 88 24
opferberatung.sued@miteinander-ev.de

Magdeburg

Erich-Weinert-Str. 30; 39104 Magdeburg
Tel.: 0391/5 44 67 10 Mobil: 0170/2 94 83 52
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

Salzwedel

Chüdenstr. 4; 29410 Salzwedel
Tel.: 03901/30 64 31 Mobil: 0170/2 90 41 12
oder 0175/6 63 87 10
opferberatung.nord@miteinander-ev.de

1. August/Wittenberg

Vor dem Eingang der Diskothek Fun werden fünf alternative Jugendliche aus einer Gruppe von zehn bis zwölf Rechten angegriffen. Sie beschimpfen sie u.a. mit „Zeckenschweine“. Ein 18-Jähriger wird von einem der Angreifer geschubst, von einem zweiten mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

Er erleidet einen Nasenbeinbruch und Prellungen.

2. August/Burg

Kurz nach Mitternacht treten drei betrunkene Männer im Alter von 18 bis 37 Jahren die Wohnungstür einer vierköpfigen vietnamesische Familie ein. Sie beschimpfen die Familie mit ausländerfeindlichen Parolen. Der 14-jährige Sohn wird von einem Angreifer durch einen Schlag ins Gesicht verletzt. Die alarmierte Polizei nimmt lediglich die Personalien der drei Männer auf und verweist sie aus der Wohnung. Da ihnen Verstärkung von ihrer Dienststelle verwehrt wird, verlassen die PolizistInnen den Tatort. Die Familie flüchtet sich aus Angst vor weiteren Angriffen in ihre Gaststätte. Während sie dort den Rest der Nacht verbringt, verwüsten die Männer die Wohnung.

Vor Gericht:

Im dritten Anlauf vor dem zuständigen Gericht

Am 16. August begann am Landgericht Magdeburg die Hauptverhandlung gegen den 23-jährigen Emanuel R. Dem mehrfach wegen Gewaltdelikten vorbestraften Neonazi aus Wernigerode warf die Anklage gefährliche Körperverletzungen in sechs Fällen vor. Die Angriffe im Sommer 2005 verliefen immer nach dem gleichen Muster: Die Opfer – junge Punks oder Nicht-Rechte – wurden als „Assis“ oder „Zecken“ beschimpft, mit gezielten Schlägen zu Boden gebracht und dann am Boden liegend mit Stiefeln solange gegen den Kopf und ins Gesicht getreten, bis sie sich nicht mehr bewegten. Alle Opfer trugen Kopfverletzungen davon. In drei Fällen mussten die Betroffenen in Notfallkliniken behandelt werden.

Das Amtsgericht Wernigerode hatte Emanuel R. wegen dieser Angriffe im März 2006 zu drei Jahren und acht Monaten Haft verurteilt. Gegen das Urteil legten alle Prozessbeteiligten Berufung ein. Die Berufungsverhandlung fand im Oktober 2006 statt. Wie zuvor schon beantragte die Nebenklage, das Verfahren an die Große Strafkammer des Landgerichts zu verweisen, da angesichts der Vielzahl und Schwere der Gewalttaten der Strafraumen von höchstens vier Jahren, den eine Kammer am Amtsgericht maximal verhängen kann, zu niedrig bemessen sei.

Justizfehler verzögern das Verfahren

Die Staatsanwaltschaft Halberstadt und das Amtsgericht Wernigerode hatten dies im ersten Prozess abgelehnt. In der Berufungsverhandlung folgte das Landgericht dem Antrag der Nebenklage. Auch die Staatsanwaltschaft schloss sich ihm nun an. Das Verfahren wurde an die große Strafkammer verwiesen. Hier räumte Emanuel R. zu Prozessbeginn durch seinen Anwalt alle angeklagten Taten ein. Auch gab er zu, sich in der rechten Szene bewegt zu haben. Die Angriffe seien aber nicht politisch motiviert gewesen. Vielmehr sei er alkoholsüchtig.

Ein auf Antrag der Verteidigung erstelltes psychologisches Gutachten attestierte R.

dann tatsächlich eine Alkoholabhängigkeit und bescheinigte ihm eine überdurchschnittliche Aggressivität und Erregbarkeit. Seine labile Persönlichkeit habe sich durch das gewalttätige Verhalten Anerkennung in der rechten Szene verschaffen wollen, in der eine hohe Gewaltakzeptanz vorhanden ist, so das Gutachten. Auch schätzte der Gutachter die Behandlungsaussichten von Emanuel R. eher ungünstig ein, auch wenn er grundsätzlich keine Therapieunfähigkeit feststellen wollte. Gleichwohl viel seine Prognose eindeutig aus: Sollte Emanuel R. nicht abstinent werden und sich von der rechten Szene fernhalten, sei die Wahrscheinlichkeit überdurchschnittlich hoch, dass er wieder Gewaltstraftaten begehe.

Rechte Gesinnung von Gericht unterbewertet

Aufgrund des Gutachtens ordnete am 12. September der Richter die Unterbringung von Emanuel R. im Landeskrankenhaus für eine zweijährige Alkoholtherapie an. Das Strafmaß für die sechs schweren Körperverletzungen wurde auf vier Jahre festgelegt. Die Würdigung der rechten Tatmotivation blieb allerdings größtenteils der Nebenklagevertretung vorbehalten. Ihr gelang noch am letzten Verhandlungstag, Emanuel R. das Eingeständnis abzurufen, dass er in der neonazistischen Wernigeröder Aktionsfront aktiv war und an mehreren rechten Demonstrationen teilgenommen hat.

Für die Mobile Opferberatung steht das Verhalten der Justizbehörden und Gerichte in diesem Fall erneut exemplarisch für die Situation in der Harzregion: Betroffene fühlen sich nicht ernst genommen, während an rechte Schläger und ihr Umfeld signalisiert wird, dass sie so weitermachen können wie bisher. Rechte Angriffe werden zu „jugendtypischen Auseinandersetzungen im Alkoholrausch“ heruntergespielt. Aus unserer Sicht begünstigt diese unzureichende Strafverfolgung und Verharmlosung rechter Gewalt die Entwicklung der letzten Jahre, in der sich die Harzregion zu einem Schwerpunkt rechter Gewalttaten und neonazistischer Organisation entwickelt hat. ■

Vor Gericht:

Verhöhnung der Opfer nach Brandanschlag in Sangerhausen

Am 26. Juni 2007 begann der Prozess um den Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft am 6. Januar dieses Jahres in Sangerhausen. Vor der Jugendkammer des Landgerichts Halle sind eine Frau wegen Beihilfe und drei Männer des versuchten Mordes und der besonders schweren Brandstiftung angeklagt. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen vor, die Tat u.a. aus ausländergefeindlichen Motiven gemeinsam geplant zu haben. Die drei Männer sollen gezielt und mit Tötungsabsicht drei Brandsätze auf die Asylbewerberunterkunft geworfen haben.

Es ist gegen 5 Uhr morgens, als der 24-jährige Mann aus Burkina Faso durch ein lautes Geräusch aufschreckt. Im ersten Moment glaubt er an einen Alptraum, wie sie ihn in den vergangenen Wochen öfter heimsuchen. Seitdem das Fenster seiner Wohnung in der Flüchtlingsunterkunft in Sangerhausen zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit von Unbekannten eingeschlagen wurde, kann er aus Angst vor neuen Übergriffen nicht mehr ruhig schlafen. Er steht auf, geht zur Küche und erstarrt im Anblick des Feuers, das bereits den Weg zur Wohnungstür versperrt. Unter Todesangst springt er aus dem Fenster, rennt zum nahe gelegenen Obdachlosenheim und lässt Polizei und Feuerwehr rufen. Zwei weitere Bewohner der Unterkunft können noch rechtzeitig gewarnt werden und entkommen dem Anschlag ebenfalls unverletzt. So schildert der Betroffene vor Gericht, was er erlebt hat und wohl nie wird vergessen können.

Was passieren würde, war klar

Christian K. (25), Glenn K. (27) und Franziska Z. (21) schwiegen bislang vor Gericht zu den Vorwürfen. Am zweiten Verhandlungstag lässt der dritte Angeklagte Danny R. (26) eine urkundliche Erklärung einreichen, in der er alle Tatvorwürfe bestreitet. Allerdings hatte Franziska Z. nach ihrer Verhaftung in einer Vernehmung erklärt, ihr sei klar gewesen, was passieren würde, als sie in der Nähe des Asylbewerberheims mit einem Benzinkanister und Flaschen im Auto anhielten. Man sei damals von einer Feier im Szenelokal des überregional bekannten Neonazis Enrico Marx

in Sotterhausen gekommen. Und wie alle Leute, die bei Marx verkehren, seien auch die Angeklagten Ausländerfeinde.

Eine Vertreterin der Nebenklage hatte zu Prozessbeginn das Gericht aufgefordert, die Hintergründe der Tat genau auszuleuchten. Nach elf Verhandlungstagen gewinnt man jedoch den Eindruck, dass die Kammer daran nicht sonderlich interessiert ist. Das Gericht begnügt sich ganz offensichtlich mit der bloßen Feststellung, bei den Angeklagten handele es sich um rechte Jugendliche. Insofern bleibt es der Nebenklage überlassen, detaillierte Fragen zum politischen Umfeld der Angeklagten zu stellen. Dazu sollte auch die Zeugenbefragung von Enrico Marx dienen, der als Stützpunktleiter der Jungen Nationaldemokraten in Sangerhausen und Produzent rechter Musik sicherlich etwas hätte beitragen können. Doch die meisten Fragen werden von den Verteidigern beanstandet und vom Vorsitzenden Richter zurückgewiesen.

Rassistische Entgleisungen

Unerträglich wird die Atmosphäre im Gericht am 9. Verhandlungstag, als der Hauptbetroffene im Zeugenstand nach seinen Asylgründen befragt wird. Von dem Verteidiger Stephan Bonell wird ihm dabei indirekt vorgeworfen, er sei nur aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland gekommen. Der Höhepunkt wird erreicht, als Rechtsanwalt Klaus Kunze, der in der Vergangenheit u.a. den Ex-FAP-Kader Thorsten Heise verteidigt hat, einen Beweisantrag stellt, indem er zwei der betroffenen Flüchtlinge des Drogenhandels bezichtigt und darin das Motiv des Brandanschlages entdeckt haben will. Die Staatsanwaltschaft und die Nebenklage beantragen den Antrag zurückzuweisen. Die Entscheidung des Gerichts darüber steht noch aus. Was es für die Betroffenen bedeuten muss, mit solchen rassistischen Klischees und Unterstellungen verleumdet zu werden, ist kaum vorstellbar. ■

5. August/Gardelegen

Gegen 6 Uhr morgens treffen vor einer Diskothek mehrere junge Männer auf eine Gruppe von drei Rechten. Einer der Rechten schlägt ohne Vorwarnung einem 24-Jährigen mehrfach ins Gesicht und ruft dabei „Jude, Jude“. Ein anderer Nicht-Rechter wird von dem Angreifer zu Boden geschlagen und zieht sich einen Schlüsselbeinbruch zu. Die Betroffenen stellen Strafanzeige. Dem Haftantrag gegen den polizeibekanntem Angreifer wird gegen Auflagen nicht stattgegeben.

18. August/Voelpke

In der Nacht zum 19. August verwüsten rechte Angreifer eine Kleingartenlaube in Voelpke, die als Treffpunkt nicht-rechter Jugendlicher und junger Erwachsener dient. An diesem Abend feiern Jugendliche aus der Umgebung in der Kleingartenanlage. Gegen Mitternacht fahren drei Pkw vor und mehrere Personen dringen auf das Gartengelände ein. Zwei Feiernde werden von Rechten verfolgt, können aber in der Dunkelheit entkommen. In der selben Nacht wird zudem noch das Auto eines Nicht-Rechten mit einem Hakenkreuz beschmiert.

Auf der Website:

www.mobile-opferberatung.de finden sich weitere Angriffe und eine ausführliche Fassung der Chronik.

22. August/Aken

15 bis 20 alternative Jugendliche, die das Zeltcamp im Rahmen der alternativen „Bunten Woche“ besuchen wollen, treffen gegen 20.30 Uhr auf einen 16-Jährigen, der vor mehreren Rechten flieht und dabei

von einem geworfenen Baseballschläger am Rücken getroffen wird.

Kurz darauf werden die Jugendlichen von bis zu elf Rechten angegriffen. Die Täter schlagen zwei Jugendliche mit Baseballschlägern auf Körper und Kopf und bewerfen die Gruppe mit Bierflaschen. Zwei

Betroffene werden mit Schlägen attackiert. Die Betroffenen erleiden Platzwunden, Prellungen und Verletzungen im Ohrbereich.

Der gerufene Krankenwagen und die Polizei treffen erst nach einer Viertelstunde am Tatort ein.

24. August/Halberstadt

Ein 28-Jähriger und seine Begleiterin werden auf ihrem Nachhauseweg von zwei Rechten zunächst mit „Du linke Zecke, bleib stehen!“ beschimpft und dann bis nach Hause verfolgt. Dort versuchen die beiden 18-Jährigen die Tür einzutreten. Die Rechten werden über Nacht in Gewahrsam genommen und am nächsten Tag wieder entlassen.

Ein Gegengewicht zu ihrer Angst geben

Interview mit Pfarrer Joachim Gremmes

Am 2. August treten in Burg drei Männer die Tür einer Nachbarwohnung ein, in der eine vierköpfige vietnamesische Familie lebt. Später in der Nacht kommen die Männer wieder und verwüsteten die Wohnung. Zuvor war die Familie aus Angst vor weiteren Angriffen in ihre Gaststätte geflüchtet, nachdem die Polizei lediglich die Personalien der Angreifer aufgenommen hatte. Bereits einen Tag nach dem Angriff gab es in Burg eine Mahnwache – maßgeblich organisiert von Joachim Gremmes, Pfarrer an St. Nikolai und Unser Lieben Frauen. Wir sprachen mit Herrn Gremmes über die Beweggründe für sein Engagement und die Notwendigkeit öffentlicher Unterstützung Opfer rechter Gewalt.

Sie haben unmittelbar nach dem Angriff auf die vietnamesische Familie Kontakt zu den Betroffenen gesucht, Hilfe und Unterstützung angeboten und eine Mahnwache organisiert. Eine solche – auch öffentliche – Solidarisierung ist beileibe nicht alltäglich. Was hat sie dazu bewogen?

Im Mittelpunkt meines persönlichen und beruflichen Handelns steht der Gedanke der Achtung der Würde des Menschen und der gesamten Kreatur. Wir alle leben in dieser Welt als Fremdling und Gäste, Schutzbefohlene und mit Gastrecht ausgestattete Menschen, versehen mit einer unantastbaren Würde. So lesen wir es in der Bibel. Diese Lebenshaltung lässt die Verletzung der Würde des Mitmenschen nicht zu. Insofern wäre ein Schweigen über die Ereignisse mit der vietnamesischen Familie unerträglich und unwahrhaftig gewesen. Im Rahmen einer spontanen Mahnwache habe ich dann gemeinsam mit dem Oberbürgermeister und einem Redakteur der Volksstimme die betroffene Familie besucht.

Wie schätzen sie die Bedeutung ein, die eine solche Unterstützung für die Betroffenen hat?

An diesem Tag waren vielen Leute bei der Familie. Auch Fernsehen, Rundfunk und Zeitungen waren da. Uns war wichtig, dass die verängstigte Familie uns ihre Geschichte erzäh-

len konnte, und dass wir gleichzeitig versichern konnten, ihnen auch weiterhin zur Seite zu stehen. Zunächst waren wir für die Familie sicher auch nur ein Teil der kurzfristig Anteil nehmenden Öffentlichkeit. Da ich aber in den folgenden Tagen die Familie regelmäßig besuchte – und dies heute noch tue –, der Bürgermeister und der Leiter unseres Polizeireviere ebenfalls mehrfach kamen, wurde der Familie deutlich, dass sie in unserer Stadt Verbündete hat. Auch bei der Suche nach einer neuen Wohnung haben wir helfen können, den Umzug haben Jugendliche unserer Gemeinde mit großem Einsatz und viel Freude gemacht. Dies alles hat geholfen, den verängstigten und völlig verunsicherten Menschen ein Gegengewicht zu ihrer Angst zu geben. Ich hoffe, dass sie in Burg werden bleiben können.

Wie waren die Reaktionen in Burg auf ihr Engagement?

Die Mehrzahl der Bürger schwieg zu dem Ereignis und zu unseren Aktionen. In der Gemeinde, vor allem bei den jungen Menschen, stieß die Unterstützung der Bedrohten auf Zustimmung. In der Stadt wurde Ablehnung aber durchaus laut: Sprüche wie „Ihr solltet lieber gegen die hohen Butterpreise demonstrieren!“ oder „Kümmert euch lieber um Deutsche!“ waren da zu vernehmen. Bei der Suche nach einer neuen Wohnung für die Familie, die nicht mehr mit den Angreifern unter einem Dach leben wollte, hieß es bei einer Ablehnung: „Wir wollen doch nicht auf einmal ein Messer im Rücken haben“. Es waren dies aber wenige offen geäußerte Meinungen. Ebenso selten waren Meinungen, die Zustimmung artikulierten – und diese geschahen dann meist heimlich, hinter vorgehaltener Hand.

Hätten sie sich mehr Unterstützung gewünscht? Und wenn ja, von wem?

Ich hätte uns deutlich mehr Unterstützung von den Einwohnern unsere Stadt gewünscht – vor allem auch aus der Lehrerschaft. Ich hatte gehofft, die Menschen würden bei der Mahnwache auf dem Magdalenenplatz im Vorübergehen innehalten und sich kurz zu uns stellen.

Eine 17-jährige Punkerin, die mit drei Freunden Richtung Bahnhof unterwegs ist, wird unvermittelt von einem 24-jährigen Rechten mit der Faust ins Gesicht geschlagen und stürzt zu Boden. Einer ihrer männlichen Begleiter greift ein und kann den Rechten von weiteren Schlägen abhalten. Die Punkerin erleidet eine Prellung im Gesicht. Polizeibeamte können noch vor Ort den Täter stellen. Die Betroffene erstattet Anzeige.

25. August/Magdeburg

Gegen 1.30 Uhr wird ein 36-jähriger irakischer Flüchtling an einer Straßenbahnhaltestelle mit ausländerfeindlichen Sprüchen beschimpft. Einen ersten Angriff kann der 36-Jährige abwehren. Nach kurzer Zeit kehrt der Angreifer mit einem Hund und einer Holzfackel zurück, hetzt den Hund auf den Iraker und prügelt auf ihn ein. Der Betroffene zieht sich Verletzungen an Hinterkopf, Nacken, Oberschenkel, Rücken und den Oberarmen zu. Erst als zwei Frauen am Tatort erschienen, lässt der Täter von seinem Opfer ab und flüchtete. Der Betroffene stellte Strafanzeige, der Täter ist mittlerweile gefasst.

nicht mehr nur reagieren auf Katastrophen, sondern durch vielfältige Aktionen für Toleranz und Menschlichkeit werben.

Bekommen sie keine Unterstützung und erfährt der Angriff auf sie keine gesellschaftliche Ächtung, empfinden viele Opfer rechter Gewalt diese fehlende Solidarisierung als nachträgliche Bestätigung der Tat. Haben Sie solche Reaktionen der Opfer auch schon erlebt?

Es ist richtig: Fehlende Solidarisierung müssen Opfer als nachträgliche Legitimierung der Tat empfinden. Auch manche leichthin gemachte Äußerung, wie „Ihr müsst das verstehen. Das sind nun mal Hartz-IV-Empfänger und ihr seid Geschäftsleute. Da sind die nun mal neidisch“, wie ich sie selbst hören musste, unterstützt diese Empfindung.

Wie sollte darauf reagiert werden?

Meine Reaktion ist die, den persönlichen Kontakt zu den Betroffenen nicht abreißen zu lassen und so ihnen Solidarität zu zeigen. Persönliche Besuche, Urlaubsgrüße, der Kontakt unserer Jugendlichen zu den Betroffenen sind für sie Signale, dass sie nicht alleine, sondern als Mitbürger willkommen sind.

Dass Menschen sich auf die Seite der Opfer rechter Gewalt stellen, ist leider nicht die Regel. Fällt Ihnen ein, wie man andere Menschen besser zum Unterstützen animieren könnte?

Unser Versuch, uns auf die Seite der Opfer rechter Gewalt zu stellen, wird am besten sichtbar durch die Bildung des Aktionsbündnisses gegen Rechts – für Toleranz und Menschlichkeit. In ihm sind unsere Kirchengemeinde vertreten, die politischen Parteien des demokratischen Spektrums, die Opferberatung, die Organisation der Opfer des Faschismus und Jugendliche der Antifa. Dieses Bündnis hat bisher immer nur reagiert. In Zukunft wollen wir aber stärker agieren, das heißt, Aktionen durchführen ohne konkreten Anlass mit dem Ziel, nicht den Mantel des Schweigens sich ausbreiten zu lassen. Unsere Hoffnung ist, Menschen damit anzusprechen und eine politische Kultur zu praktizieren, wo neben dem notwendigen Streit um politische Fragen eine kraftvolle Einigkeit dort entsteht, wo Gefahr ist, dass Leben und Würde von Menschen, dass Demokratie bedroht ist. ■

Sachsen-Anhalt macht immer wieder Schlagzeile, weil Polizisten beim Umgang mit rechter Gewalt eklatantes Fehlverhalten an den Tag legen – so auch in diesem Fall. Fehlt hier die Empathie für die Opfer oder woran liegt dies ihres Erachtens?

Über das Verhalten der Polizei kann ich im Einzelnen kein Urteil abgeben. Die Führung der Burger Polizei jedenfalls – und auch die Beamten, die mir persönlich bekannt sind – teilen unsere Ablehnung von Gewalt gegen Mitmenschen und unterstützen ausdrücklich unsere Aktionen für Toleranz und Menschlichkeit, besonders auch gegen rechte Gewalt. Wichtig scheint mir zu sein, dass wir die Polizei als Verbündete betrachten, sie nicht in der Ecke der geschmähten „Bullen“, die sowieso alles verkehrt machen, stehen lassen. Gleichwohl muss Fehlverhalten konsequent geahndet werden.

Erst jüngst hat die Hetzjagd in Mügeln für bundesweite Schlagzeilen gesorgt. Erregt wurde über das Ausmaß rechter Gewalt und rechtsextremer Umtriebe diskutiert, nach Ursachen gefragt und hektisch Lösungen angemahnt. Ähnliche Reaktionen gab es auch nach dem Angriff auf Ermyas M. in Potsdam am Ostersonntag 2006 oder der Verbrennung des Anne-Frank-Tagebuchs in Pretzien. Wenige Wochen später ist das alles kein Thema mehr. Muss man nicht einen anderen Umgang damit finden?

Sicherlich. Wir versuchen unseren schon lange eingeschlagenen Weg der Bewahrung der Würde des Menschen kontinuierlich zu gehen. Seit 1981 praktizieren wir hier in Burg die Friedensdekade, in deren Zusammenhang das Pogromgedenken am 9. November steht. Besonders dieser Abend wird in jedem Jahr von Jugendlichen gestaltet. Das Shoa-Gedenken am 27. Januar, der Weltfriedenstag am 1. September und die wöchentlichen Friedensgebete, jeweils dienstags am Abend, verbunden mit Ausstellungen, Filmabenden und Veranstaltungen bringen uns zu einer kontinuierlichen und damit unaufgeregten Beschäftigung mit Themen von in Vergangenheit und Gegenwart praktiziertem menschenverachtendem Verhalten. Wir wollen

31. August/Halberstadt

Eine Gruppe alternativer Jugendlicher wird von zwei Rechten zunächst beleidigt. Als die Alternativen darauf nicht reagieren, schlagen die Angreifer auf die Jugendlichen ein, dabei kommt auch eine Bierflasche zum Einsatz. Zwei der Angegriffenen werden verletzt. Die 21 und 22 Jahre alten Angreifer werden kurz darauf festgenommen.

6. September/Bernburg

Am Bahnhof kommt es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen einem etwa 40 Jahre alten Mann und einem etwa 30-jährigen Farbigen, der mit einem Fahrrad in die Bahnhofshalle gefahren ist. Als ein Passant eingreift, schlägt ihn der 40-Jährige mit den Worten „Was mischt du dich denn ein, du Vogel“ ins Gesicht.

11. September/Magdeburg

Gegen 22 Uhr werden zwei 33 und 39 Jahre alte Männer aus Nigeria in der Straßenbahn von zwei Rechten rassistisch beleidigt und körperlich attackiert. Beim Verlassen der Straßenbahn folgen die beiden Angreifer den Betroffenen und beleidigen sie weiter. Dabei zeigen sie auch den Hitlergruß. Selbst nach dem Eintreffen der Polizei äußern die beiden wegen ähnlicher Delikte polizeibekanntem Angreifer weitere Beleidigungen und Beschimpfungen gegen die Betroffenen.

Geholfen hat mir niemand

Die Erfahrungen eines Opfers rechter Gewalt in Magdeburg

„Dieses Gefühl, dass niemand für einen da ist, dass einem niemand helfen will, das ist schrecklich. Ich werde das nie vergessen.“ Dieses Resümee zieht Adrian L. aufgrund des Desinteresses und der verweigerten Hilfe, die er bei rassistischen Übergriffen in Magdeburg erlebt hat. Der ursprünglich aus Togo stammende junge Mann lebt seit einigen Jahren in der Landeshauptstadt und hat hier eine Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann begonnen.

Zum zwölften Mal findet an Pfingsten 2006 das Magdeburger Stadtfest statt. In der Innenstadt sind überall Bühnen aufgebaut. Viele Menschen ziehen diese Feierlichkeiten an – nicht zuletzt am 4. Juni, als sich ein Festumzug durch die Innenstadt schlängelt. Gegen 22 Uhr wird an diesem Pfingstsonntag Adrian L. an einer Bushaltestelle in der Innenstadt von mehreren Jugendlichen angepöbelt und tätlich angegriffen.

Kein Passant schreitet ein

Die Jugendlichen beschimpfen den jungen Mann als „Neger“, schlagen ihm ohne Vorwarnung mit der Faust ins Gesicht. Als er flüchten will, rennen sie ihm hinterher. Bei dem Versuch, per Mobiltelefon die Polizei zu informieren, bekommen ihn die Angreifer an der Jacke zu fassen. Er kann sich aber aus der Jacke winden und seine Flucht fortsetzen. Immer wieder bittet Adrian L. auf seiner Flucht PassantInnen um Hilfe. Doch obwohl wegen des Stadtfestes viele Leute unterwegs sind, schreitet niemand ein. Schließlich kommt es zu weiteren Angriffen. Einer der Täter versucht, dem Afrikaner mit einer Bierflasche auf den Kopf zu schlagen. Erst als die Polizei vor Ort eintrifft, lassen die Angreifer von ihm ab.

Doch damit nicht genug. Zwei Monate später wird der Togoese vor seiner Wohnungstür von einer Gruppe Rechter erneut rassistisch beleidigt und bedroht. Dabei werden auch rechte Parolen gegrölt. Als der Betroffene die Polizei ruft, holen die Angreifer Verstärkung. Es sind jetzt mehr als zehn Personen,

die dem Togolesen Schläge androhen. Selbst als Polizeibeamte vor Ort erscheinen, lassen die Angreifer nicht von ihrem Opfer ab: Vor den Augen der Beamten wird der Migrant von einem der Rechten mit dem Fuß so massiv getreten, dass er gegen ein Auto fällt.

Enttäuschung auch vor Gericht

Vor dem Jugendgericht Magdeburg werden am 18. September 2007 wegen dieses Angriffs drei Männer und eine Frau wegen Körperverletzung, Beleidigung und der Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen in zwei Fällen zu Bewährungsstrafen, in einem Fall zu einer Haftverlängerung von einem Monat sowie zu Entschädigungszahlungen verurteilt.

Das Gefühl, dass er mit seinen Erfahrungen nicht ernst genommen wird, beschleicht Adrian L. auch hier. Als nachträgliche Verharmlosung empfindet Adrian L., dass Parolen wie „Heil Hitler!“ und Sieg heil!“ nicht als eindeutiger Beweis für eine rechtsextreme Einstellung gewertet werden, ebenso wenig wie der Umstand, dass die gleiche Gruppe bereits früher an diesem Abend wegen diverser verbotener Kleidungsstücke und Aufnäher für einen Polizeieinsatz sorgte.

Diese Angriffe waren nicht die einzigen ausländerfeindlichen Erlebnisse, die Adrian L. in Magdeburg erfahren musste und werden vermutlich auch nicht die letzten sein. Und dies wird sich auch nicht ändern, so lange sich die BürgerInnen dieser Stadt nicht für das gesellschaftliche Klima in Magdeburg verantwortlich zeigen und lieber wegschauen anstatt Zivilcourage zu zeigen und Hilfe anzubieten. Solange sich nicht jede und jeder Einzelne für eine Gesellschaft stark macht, in der Anderssein als eine Bereicherung und nicht als Gefahr begriffen wird, wird auch eine Gesetzesinitiative für härtere Strafen rechter Gewalttäter nur wenig helfen, wie sie Brandenburg und Sachsen-Anhalt jüngst auf den Weg gebracht haben. ■

Rechte Gewalt in Sachsen-Anhalt

Eine vorläufige Bilanz der ersten neun Monate

In den ersten drei Quartalen 2007 registrierte die Mobile Opferberatung in Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Straf- und Gewalttaten in Dessau bislang (Stichtag 5. Oktober) 99 Angriffe für das Land Sachsen-Anhalt. Davon waren 190 Personen direkt betroffen, der überwiegende Teil davon männlich (152 Personen). Die Angriffe richteten sich mehrheitlich gegen nicht-rechte Jugendliche und junge Erwachsene. In 18 Fällen handelte es sich um rassistisch motivierte Gewalttaten.

Rechte Gewalt wird häufig aus der Gruppe heraus ausgeübt. Dabei wird oftmals mit hoher Brutalität vorgegangen, selbst wenn das Opfer schon hilflos am Boden liegt. Die Mehrheit der Angriffe sind als Körperverletzungsdelikte einzuordnen. Von Januar bis September dieses Jahres wurden 158 solcher Fälle der Mobilien Opferberatung bekannt. Die schwerste rechte Straftat – versuchter Mord – wurde am 6. Januar dieses Jahres verübt: Anhänger der rechten Szene hatten auf eine Flüchtlingsunterkunft in Sangerhausen mehrere Brandsätze geworfen und drei Bewohner in Lebensgefahr gebracht.

Hohe Dunkelziffer

Die meisten Angriffe wurden in Halberstadt und Naumburg mit je elf sowie in Magdeburg mit zehn rechten Gewalttaten registriert. Halberstadt und Magdeburg waren auch in den vergangenen Jahren Brennpunkte rechter Übergriffe. Weitere Schwerpunkte sind das Jerichower Land mit neun, der ehemalige Kreis Quedlinburg mit acht und der Altkreis Bitterfeld mit sieben rechten Angriffen. In den ehemaligen Landkreisen Aschersleben-Staßfurt, Bernburg, Saalkreis, Schönebeck und Wernigerode wurden dieses Jahr bislang keine rechten Gewaltstraftaten registriert.

Da im Bereich politisch rechts motivierter Gewalt von einer hohen Dunkelziffer auszugehen ist, sind Statistiken nur bedingt aussagekräftig. Das zeigt sich z.B. in der Stadt Naumburg. Naumburg wurde erst in diesem

Jahr zu einem Schwerpunkt der Beratungsarbeit. Je häufiger wir vor Ort waren, desto mehr erfuhren wir über die Angriffe der letzten Monate. Zwar gibt es dort keine stark organisierte Neonaziszene, aber eine große Gewaltbereitschaft von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die zum Teil eher der Hooliganszene zuzuordnen sind. Gewalt gegenüber Andersdenkenden und Andersaussehenden gehört vor diesem Hintergrund für manche Punks und alternative Jugendliche zum Alltag.

Nur die Spitze des Eisbergs

Im Landkreis Anhalt-Bitterfeld griffen Rechte in den ersten drei Quartalen dieses Jahres wiederholt nicht-rechte Jugendliche an. Schwerpunkt ist die Kleinstadt Aken: Im August wurde eine Gruppe von alternativen Jugendlichen angegriffen. Die Täter attackierten die Jugendlichen mit Baseballschlägern und Bierflaschen und brüllten dabei ein Lied, in dem es u.a. heißt: „Deutschland frei von Parasitenpack – Deutschland muss weiß bleiben“. Seit Anfang des Jahres versuchen Neonazis aus dem Raum Dessau die vorhandene alternative Jugendkultur gewaltsam aus dem Ortsbild zu vertreiben. Solche Vertreibungsprozesse bilden den Hintergrund für eine Reihe weiterer Angriffe auf linke oder alternative Jugendliche vor allem in kleineren Städten des Landes, sei es Anfang August in Gardelegen oder im Frühjahr und Sommer in Halberstadt.

Mit Brandstiftungen, Vandalismus und Schmierereien versuchen Rechte zudem immer wieder, die Existenzen von Betreibern kleiner Ladenlokale und Imbisse mit Migrationshintergrund zu zerstören. Ein Döner-Imbiss in Oschersleben, ein Asia-Imbiss und ein Geschenkartikelladen in Bismark wurden von Rechten beschädigt oder zerstört. Hinzu kommt eine große Zahl von Sachbeschädigungen mit vermutlich rassistischem Hintergrund, bei denen Tatverdächtige oder ihre Motive nicht aufgeklärt werden können. All diese registrierten Fälle stellen nur die sichtbare Spitze des sprichwörtlichen Eisbergs dar. ■

16. September/ Magdeburg

Ein 41-jähriger Mann von der Elfenbeinküste wird am Bahnhof Buckau gegen 13.30 Uhr von drei Männern rassistisch beleidigt. Schließlich schlägt einer der Männer den Ivorer mehrere Male ins Gesicht. Umstehende PassantInnen greifen nicht ein. Die Polizei kann die Täter noch am Tatort festnehmen. Selbst in Anwesenheit der BeamtInnen wird der Afrikaner weiter beleidigt.

20. September/Dessau

Gegen 18.30 Uhr wird ein 35-jähriger Flüchtling aus einer Gruppe von vier bis fünf Jugendlichen heraus auf offener Straße angegriffen. Sie beleidigen ihn mit ausländerfeindlichen Sprüchen und stoßen ihn vom Fahrrad. Der Betroffene verletzt sich dabei im Gesicht und an der Schulter und muss ambulant behandelt werden. Der Staatsschutz ermittelt wegen Körperverletzung.

24. September/Aken

Ein 13-Jähriger wird auf dem Weg zur Schule ohne ersichtlichen Grund aus einer Gruppe von fünf maskierten Rechten heraus angegriffen. Mit einem Baseballschläger schlägt einer der Täter auf den Fahrradlenker, wodurch der Jugendliche stürzt und sich die Rippen verletzt. Die Brille, die er beim Sturz verliert, wird von dem Angreifer zertreten.

Neues Büro in Salzwedel

Die Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt in Salzwedel hat neue Büroräume bezogen. Das Büro im Regionalzentrum Nord von Miteinander e.V. liegt in der Innenstadt von Salzwedel in der Chüdenstraße 4 im 1. Stock, gleich gegenüber dem Soziokulturellen Zentrum Hanseat e.V. Beratungen sind jederzeit Montag bis Freitag nach telefonischer Absprache möglich. Wir kommen natürlich auch weiterhin direkt „vor Ort“.

Mobile Opferberatung Salzwedel
Chüdenstr. 4
29410 Salzwedel
Tel.: 03901/30 64 31
Fax: 03901/30 64 32
Mobil: 0175/6 63 87 10
und 0170/2 90 41 12
E-Mail:
opferberatung.nord@miteinander-ev.de

Neu gestartet: Die Regionalen Beratungsteams

Beratung gegen Rechtsextremismus für kommunale Akteure – was in anderen ostdeutschen Bundesländern bereits seit Ende der 1990er Jahre als Mobile Beratungsteams etabliert wurde, fasst nun auch in Sachsen-Anhalt Fuß. Im Rahmen des landesweiten Beratungsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus und für Demokratieentwicklung haben Anfang September drei Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt ihre Arbeit aufgenommen. Koordiniert von der Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e.V. arbeiten das Regionale Beratungsteam (RBT) Nord in Salzwedel, das RBT Süd in Halle und das Mobile Beratungsteam Anhalt in Dessau.

VertreterInnen aus Kommunen, Landkreisen, Schulen, Initiativen sowie Einzelpersonen werden mit Informationen und kompetenter Beratung bei der Entwicklung von Handlungsstrategien sowie bei der Bildung von Aktionsnetzwerken zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus unterstützt. Anlassorientiert suchen die Regionalen Beratungsteams gemeinsam mit den örtlichen AnsprechpartnerInnen nach Hand-

lungsmöglichkeiten. Dies geschieht auf der Grundlage einer zuvor erstellten regionalen Untersuchung (Problem-, Situations- und Ressourcenanalyse).

Die aufsuchende und begleitende Beratung der RBT sowie die Umsetzung eines entwickelten Aktionsplans durch die lokalen Akteure orientiert sich bereits im Prozess an demokratischen und partizipativen Prinzipien und Methoden.

Beratungsteam im Regional Zentrum Nord
Chüdenstraße 4
29410 Salzwedel
Tel.: 03901/30 64 30
E-Mail: rbt.rzn@miteinander-ev.de

Beratungsteam im Regional Zentrum Süd
Platanenstr. 9
06114 Halle
Tel.: 0345/52 37 214
E-Mail: rbt.rzs@miteinander-ev.de

Mobiles Beratungsteam Anhalt
Schlachthofstraße 25
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/26 60 213

Über diesen Newsletter:

Die „informationen der Mobilien Beratung für Opfer rechter Gewalt“ erscheinen fünf Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die „informationen“ können auch per E-mail bezogen werden. Wenn Ihr/Sie die „informationen“ bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen Euch/Sie dann in den Verteiler auf.

Mobile Opferberatung
Platanenstraße 9
06114 Halle

opferberatung.sued@miteinander-ev.de
Tel.: 0345/2 26 71 00
Fax: 0345/2 26 71 01

Über Geld und Spenden:

Spenden sind jederzeit willkommen. Sie werden ausschließlich für die direkte Projektarbeit eingesetzt. Wünsche der SpenderInnen über die Mittelverwendung werden selbstverständlich befolgt. SpenderInnen werden regelmäßig über die Arbeit des Mobilien Opferberatung informiert, u.a. durch einen Jahresbericht und Materialneuerscheinungen.

Die Mobile Opferberatung ist ein Projekt des gemeinnützigen Vereins Miteinander e.V.; Spenden sind daher steuerlich absetzbar. Auf Wunsch erhalten Sie eine Spendenbescheinigung zugeschickt.

Bank für Sozialwirtschaft AG
Konto-Nr.: 8473400, BLZ: 810 205 00
Kontoinhaber: Miteinander e.V.
Verwendungszweck: Mobile Opferberatung
(bitte angeben)

Impressum

Herausgeber:

Mobile Beratung für
Opfer rechter Gewalt

Projektleitung und Koordination
Platanenstraße 9
06114 Halle

Telefon: 0345/2 26 71 00

Fax: 0345/2 26 71 01

opferberatung.sued@miteinander-ev.de

www.mobile-opferberatung.de

Redaktion:

Antje Arndt (V.i.S.d.P.),
Martin Beck

Gestaltung: www.flmh.de

getragen von:


Miteinander
Netzwerk für Demokratie und
Welfofheit in Sachsen-Anhalt e.V.

gefördert von:


SACHSEN-ANHALT

Ministerium für Gesundheit und Soziales
des Landes Sachsen-Anhalt


Bundesministerium
für Familie, Senioren,
Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms
Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile
Intervention gegen Rechtsextremismus